

KRIEG und Deutsche Bank

Geld für Gaddafis Munition

Die Drecksbank hat indirekt Streubomben finanziert, die in Libyen abgeworfen wurden

BERLIN *taz* | In Libyen wurden Streubomben abgeworfen, die laut einer von dem NGO-Bündnis Facing Finance beauftragten Recherche von der spanischen Firma Instalaza produziert worden waren. Mit etwa 3 Millionen Euro größter Kreditgeber der Firma war demnach im Jahr 2007 die Deutsche Bank. "Jetzt zeigt sich wieder: Die Waffen werden nicht nur produziert, sondern auch eingesetzt", sagt Thomas Küchenmeister von Facing Finance.

Zu den Ergebnissen kam die Agentur Profundo auf Basis von Finanzdaten der Analysten Bloomberg und Thomson-One. Die Produktion von Streubomben verbot Spanien erst im Jahr 2008, die Oslo-Streubombenkonvention trat 2010 in Kraft. Sie verbietet die Unterstützung der Herstellung von Streubomben, nicht deren Finanzierung.

"Die Deutsche Bank soll endlich Investments in völkerrechtswidrige Waffen unterlassen", fordert Thomas Küchenmeister. Zumindest bei der Deutsche-Bank-Tochter DWS, einer großen Fondsmanagerin, sieht man das ähnlich. Hier hat man auf die Streubombenkonvention reagiert und die entsprechenden Firmen aus den Fonds geworfen, sagt Claus Gruber von DWS. "Die Weltgemeinschaft sagt: Das ist böse." Deshalb arbeite DWS ständig daran, Firmen zu identifizieren, die Streubomben herstellen. Doch das sei nicht einfach. Nicht immer seien Fälle so klar wie in einem anderen Beispiel, der US-amerikanischen Rüstungsfirma Textron. Auch die hat DWS aus ihrem Portfolio genommen.

Die Deutsche Bank hingegen hat Textron erst im März 2011 einen Kredit von 142,9 Millionen Dollar gegeben, wie in der Facing-Finance-Recherche zu lesen ist. Die Deutsche Bank behauptete öffentlich, in keinerlei Transaktionen im Zusammenhang mit völkerrechtswidrigen Waffen verstrickt zu sein, sagt Barbara Happe von der Entwicklungs-NGO Urgewald. Die Recherchen zeigten, "dass Behauptungen und auch Selbstverpflichtungen der Branche in diesem Bereich kaum das Papier wert sind, auf dem sie stehen". Die Deutsche Bank sagte auf *taz*-Anfrage, man gebe "zu Kunden oder Nichtkunden keine Auskunft". Zudem tätige man "keine Geschäfte im direkten Zusammenhang mit Streubomben".

Deutschland hinkt beim Verbot des Geschäfts mit den Waffen hinterher. Noch hat die Regierung kein Gesetz dazu vorgelegt. In Belgien ist die Finanzierung von Streubomben bereits verboten. In weiteren Ländern sind vergleichbare Regelungen im parlamentarischen Prozess.

JULIA SEELIGER

20mai2011

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=wu&dig=2011%2F05%2F20%2Fa0086&cHash=3e2184b3fb>